

An die besten Zeiten angeknüpft

Der Werkbund will eine eigene Siedlung schaffen und nennt sie stolz „Stadt“.
Ein Viertel der am Spreebord geplanten Wohnungen soll preisgebunden sein – vielleicht sogar mehr

VON BERNHARD SCHULZ

Am Anfang steht ein Bekenntnis. „Der Wunsch des Menschen, im Wohnen gleichzeitig Geborgenheit und Teilhabe am öffentlichen Leben zu erfahren, erfüllt sich vor allem im dichten Lebensraum der Stadt“, schreiben Claudia Kromrei und Paul Kahlfeldt im Vorwort des Buches „WerkbundStadt am Spreebord Berlin“. Sie sind die Kovorsitzenden des Deutschen Werkbundes Berlin, der sich in den zurückliegenden Jahren mehr und mehr zu einer Größe im Diskurs über Architektur und Gestaltung entwickelt hat und damit an seine besten Zeiten anknüpft. Die lagen, wie man weiß, in den Jahren zwischen seiner Gründung 1907 und der Machtergreifung der Nazis.

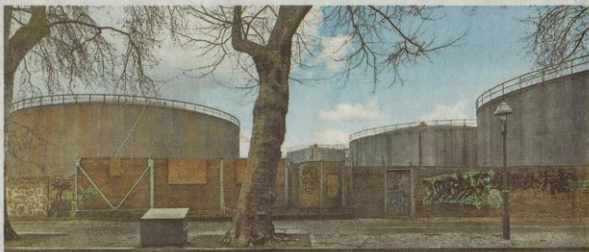
Mit dem Projekt einer Werkbundsiedlung oder genauer, eben der „Werkbundstadt“, knüpft der Berliner Landesverband an diese große Zeit an.

Anfangs ist das Vorhaben, auf einem Gelände im Norden Charlottenburgs an der Spree, einem derzeit noch unterentwickelten, idyllisch verschlafenen Quartier, einen ganzen Stadtteil als Musterstadt zu errichten, belächelt worden. Inzwischen jedoch hat das Projekt Gestalt angenommen, liegen Pläne und Modelle für die Bebauung durch 33 verschiedene Architekten vor. Sie sind in dem selbstbewusst „Werkbundhaus“ genannten Altbau, der an der Quedlinburger Straße den Eingang zum vorgese-

Wie wir wohnen wollen, wird immer neu auszuhandeln sein

henen Baufeld markiert, zu besichtigen, zusammen mit einer Ausstellung zu den Siedlungen, die der Werkbund über die Jahrzehnte hinweg in verschiedenen Städten und nicht allein in Deutschland veranstaltet hat.

Das besagte Vorwort steht unter dem Titel „So wollen wir wohnen“, und damit ist ein großer, ein sehr großer Anspruch gesetzt. Denn dass wir, seien es die Nutzer oder die Architekten, die Immobilienleute oder die Politiker, schon wüssten, wie „wir“ wohnen „wollen“ – das ist sehr die Frage. Das ist vielmehr der Gegenstand beständiger, nie zu entscheidender Debatten. Wenn die geplante Werkbundstadt etwas leisten kann, dann, Beispiele

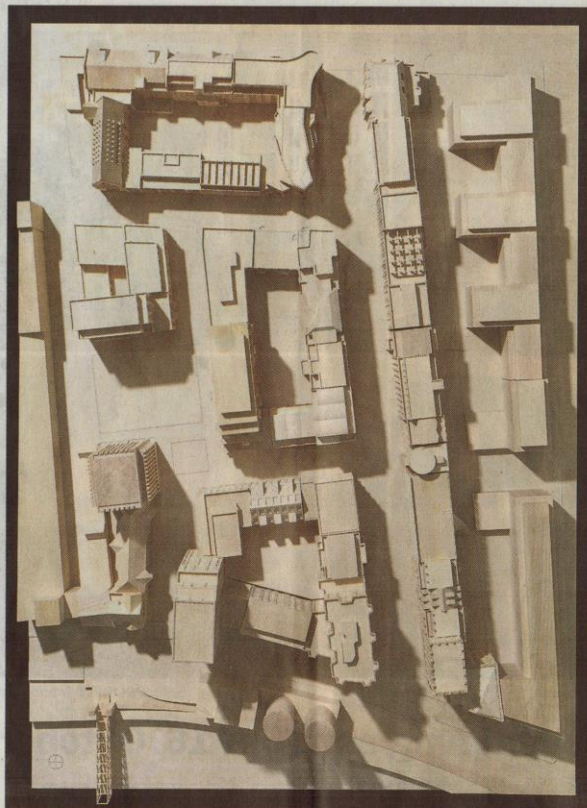


Unwirtlich sieht es heute noch am Tanklager aus.

Fotos: Werkbundstadt Berlin

zu geben, wie man wohnen kann, auf engem Raum, in der Dichte der Stadt; einer Dichte, die am Spreebord – so heißt die Uferstraße direkt an der Spree – größer sein würde als fast überall sonst in Berlin.

Das macht ersichtlich, dass der Werkbund eine Antwort sucht auf die immer drängendere Forderung, die Stadt, unsere Städte zu verdichten, um Wohnraum zu schaffen für die vielen, die inmitten



Bisher ist alles nur Modell. Die Dichte der Bebauung ist aber schon zu erkennen.

der Stadt und nicht in der zersiedelten Peripherie wohnen wollen.

Mit der Kategorie des „Urbanen Gebietes“ versucht Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) das rechtliche Handwerkszeug zu schaffen, um die bislang in Stein gemeißelte Funktionstrennung und die vielfältigen Beschränkungen urbaner Dichte zu überwinden. 1100 oder womöglich gar 1250 Wohnungen sind auf dem 26 424 Quadratmeter gro-

gänger ungehinderten Zugang zum Spreeufer haben.“ Dieses zwar nicht bescheidene, aber angesichts der gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Gegenwart unabdingbare Programm setzt eben jene bauliche Nähe voraus, die das große Modell der Ausstellung an zeigt.

33 Architekten unterschiedlichster Handschriften haben sich da zusammengesetzt, und dass dies gelungen ist, kann gar nicht genug betont werden. Denn das Gegenmittel gegen die Monotonie, wie sie die an den Rändern der Städte hochgezogenen Großsiedlungen der sechziger und siebziger Jahre kennzeichnet, ist die Vielfalt der Entwerfer. Es wäre unfair, einzelne Architekten hervorzuheben, in Anbetracht des Umstandes, dass sich die Beteiligten auf einer Klausurtagung auf die Verteilung der Parzellen und die Bebauung mit einem von jeweils drei vorgeschlagenen Bauten geeinigt haben.

Gestalterische Vielfalt bedeutet im Übrigen nicht Willkür, dem haben die Beteiligten ein gemeinsames Regelwerk vorgeschoben. Dennoch urteilte die renommierte Fachzeitschrift „Bauwelt“ jüngst, „zwei Drittel der Entwürfe“ wiesen „starke historische Anleihen auf, die zwischen Chicago School, Heimatschutzstil und postmoderner Ironie changieren“.

Vereint finden sich die Entwürfe – so sie denn tatsächlich weit auseinander liegen – unter der Vorgabe, die Fassaden in Backstein auszuführen, was zu manchen Verrenkungen wie etwa dem Einsatz grüner Ziegel (!) geführt hat. Da dürfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Der langjährige Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik, Albrecht Göschel, der im erwähnten Buch über das Projekt „aus Sicht der Kulturosoziologie“ schreibt, sieht in der Musterstadt eine „Referenz an die klassische Kultur des Bürgertums“. Er grenzt „die europäische Stadt“, die ja eine bürgerliche war, sehr deutlich gegen die im Übrigen bewusst „Siedlungen“ genannten Vorgängerprojekte des Werkbundes im 20. Jahrhundert ab.

In der Tat muss man sich nur die Beispiele von Weißenhofsiedlung Stuttgart 1927 oder Wien-Lainz 1932 ansehen – die im ersten Obergeschoss des „Werkbundhauses“ auf Fototafeln präsentiert werden –, um die Rückkehr zu einer dezidiert bürgerlichen, allerdings ebenso de-

33 Handschriften gegen die Monotonie

ziert zeitgemäßen Lebensform zu erkennen, wie sie sich in Vierteln wie Prenzlauer Berg oder Friedrichshain längst mit den Mitteln des freien Marktes Bahn gebrochen hat.

Die „Wohnung für das Existenzminimum“, um dieses beständige Problem der Weimarer Republik zu benennen, steht heute erkennbar nicht auf dem Programm; ungeachtet der Tatsache, dass Wohnen zum nicht nur knappen, sondern für viele auch nicht mehr bezahlbaren Gut zu werden droht.

Natürlich wäre es unfair, von der „WerkbundStadt“ Antwort auf alle diese Fragen zu erwarten, die die Gesellschaft als Ganzes gerade erst wahrzunehmen beginnt. Ein Viertel der am Spreebord geplanten Wohnungen soll „preisgebunden“ sein, also die zum Zeitpunkt der Fertigstellung geltenden Mietpreisgrenzen einhalten. Das sind immerhin 315 Einheiten; womöglich kann die Zahl auf ein Drittel oder 380 Einheiten gesteigert werden.

Und wer wird bauen respektive investieren? Die Finanzierung, so heißt es, „erfolgt nach dem Prinzip einer sozial verantwortlichen Investorenschaft, die sich den innovativen Projektansatz zu eigen macht“.

Die Chancen dafür stehen angesichts der gegenwärtigen Nachfrage besser denn je. Für die „WerkbundStadt“ ist eine schnelle Verwirklichung zu hoffen, und zuvor, dass der Bezirk die planungsrechtlichen Voraussetzungen schafft. Denn was da am Spreebord entstehen soll, ist etwas Neues, ein großer Schritt voran für die Stadt und für die Antwort auf die Frage, wie „wir“ wohnen wollen.

— Ausstellungen im Werkbundhaus, Quedlinburger Straße 11, bis 27. November, Do-So 16-19 Uhr. Zwei Kataloge, „WerkbundStadt Am Spreebord“ und „bauen und wohnen – Die Geschichte der Werkbundsiedlungen“ je 39 Euro. Infos unter www.werkbundstadt.berlin

